

NIEDERLANDE UND BELGIEN

Joscha Ritz

KLIMAPOLITIK UNTER SCHWIERIGEN POLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN

Der Klimawandel betrifft die Niederlande vor allem in dem Maße, wie er sich auf den Anstieg des Meeresspiegels und damit auf Überschwemmungen und die Verfügbarkeit von Frischwasser auswirkt. Dies ist Folge der geographischen Lage des Landes. Die Niederlande stellen ein Delta dar, in das sich Rhein, Maas, Schelde und Ems ergießen. 26 Prozent der Niederlande liegen unterhalb des Meeresspiegels und 55 Prozent gelten als bedroht durch Überschwemmungen durch Meer oder Flüsse. Hinzu kommt, dass die tief liegenden Gebiete besonders dicht bevölkert und wirtschaftlich von besonderer Relevanz sind. Studien stellen daher die Auswirkungen des Klimawandels auf die Wasserentwicklung sowie daraus resultierende Risiken und Lösungsansätze in den Mittelpunkt. Das Koninklijk Nederlands Meteorologisch Instituut (KNMI) entwickelte in einer einflussreichen Studie, die 2009 überarbeitet wurde, klimapolitische Szenarien und geht von einem Anstieg des Meeresspiegels von 15 bis 35 cm bis 2050 und 35 bis 85 cm bis 2100 aus. Die Deltacommissie nahm hingegen in ihrem Bericht *Working together with water* 2008 einen Anstieg zwischen 65 und 130 cm bis 2100 an. Das Planbureau voor de Leefomgeving (PBL) prognostiziert in einem Worst-case-Szenario gar eine Steigerung von 150 cm pro Jahrhundert. Damit stellen sich insbesondere Herausforderungen für die Raumplanung etwa in den Bereichen Überschwemmungsbekämpfung, Sicherstellung der Frischwasserversorgung und Stadtentwicklung.

Mit dem Regierungswechsel in den Niederlanden 2010 reduzierten sich auch die Ambitionen in der Klimapolitik, die neben der Raumplanung eng mit der Energiepolitik verknüpft ist. Die vorherige Regierungskoalition unter Premierminister Jan Peter Balkenende (CDA) hatte eine ambitionierte Klimapolitik verfolgt. Das Arbeitsprogramm *Schoon en Zuinig* sah bis 2020 – im Vergleich zum Niveau von 1990 – eine Reduktion der Treibhausgase um 30 Prozent, eine Verdopplung der Energieeinsparung von ein auf zwei Prozent jährlich sowie die Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf 20 Prozent vor. Fortschritte bei der Treibhausgasreduktion wurden nicht zuletzt aufgrund verringerter Emissionen infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht. Im Vergleich dazu fallen die klimapolitischen Ziele der neuen Regierungskoalition unter Premierminister Mark Rutte von den Rechtsliberalen der VVD und dem CDA mit Duldung

der populistischen PVV von Geert Wilders bescheidener aus. Umwelt- und Klimapolitik genießen keine Priorität. So soll bis 2020 die Treibhausgasreduktion nur noch 20 Prozent und der Anteil Erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch nur noch 14 Prozent betragen. Das Ziel der Vorgängerregierung, auf europäischer Ebene eine Treibhausgasreduktion von 30 Prozent zu erreichen, wurde nicht in die Koalitionsvereinbarung von VVD und CDA aufgenommen. Um ihre klima- und energiepolitischen Ziele zu erreichen, will die Regierung u.a. verstärkt auf Kernenergie zurückgreifen. Auch nach dem Atomunglück von Fukushima hält die Regierung Rutte am Bau eines zweiten Kernkraftwerks fest. Gleichwohl hat eine Diskussion über Sicherheitsstandards für AKWs begonnen. Ferner setzt die Regierung auf die unterirdische Speicherung von CO₂ sowie übergangsweise auf finanzielle Unterstützung für Erneuerbare Energien. Ein zentraler Grund für die geringeren klimapolitischen Ambitionen der neuen Regierung dürfte sein, dass sie auf die Duldung der PVV angewiesen ist, die den Klimawandel negiert und internationale Klimaschutzabkommen sowie nationale Klimapolitik als Zusatzbelastung für den Steuerzahler ablehnt. Einher mit dem politischen Aufstieg der PVV seit 2006 geht erstmalig eine Politisierung der niederländischen Klimapolitik, die sich zuvor weitgehend unbestritten an den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) orientierte.

Die neue niederländische Regierung zeigte sich zufrieden mit den Beschlüssen der VN-Klimakonferenz von Cancún 2010. Hauptziel war es, im Rahmen der Europäischen Union Beschlüsse zu folgenden Kernthemen zu erreichen: Milderung der Folgen und Anpassung an den Klimawandel, Einrichtung eines internationalen Klimafonds, Entwaldung und Technologietransfer. Die Regierung legte dabei einen Akzent auf mehr Transparenz bei der Finanzierung von Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels in Entwicklungsländern. Durch mehr Informationen und Kontrollmöglichkeiten für Geberländer solle vor allem das Vertrauen in die Klimafinanzierung erhöht werden. Die Niederlande haben in diesem Zusammenhang die Initiative zur Einrichtung einer Internetseite ergriffen, die Informationen darüber bereitstellen soll, wie Gelder ausgegeben und welche Ergebnisse erzielt werden (www.faststartfinance.org). Entsprechend wurden die Ergebnisse von Cancún durch die niederländische Regierung als ausgewogen und als solide Basis für die Entwicklung eines weltweiten Klimaregimes bewertet.

In der niederländischen Presse wird das Thema „Klimawandel“ weitgehend nuanciert behandelt. Dabei ist das mediale Interesse besonders eng mit den jährlich stattfindenden VN-Klimakonferenzen verbunden. Insbesondere im Vorfeld der Klimakonferenz von Kopenhagen Ende 2009 waren Klimawandel und internationale Klimapolitik ein Topthema. Im Gegensatz dazu findet die nationale Klimadebatte ein schwaches Echo. Allgemein gilt das mediale Interesse eher Auswirkungen, Politiken und Lösungsansätzen als den Gründen des Klimawandels.

BELGIEN

Der Klimawandel stellt Belgien vor diverse Herausforderungen. Die staatliche Commission Nationale Climat konnte in ihrer *5ème Communication Nationale* 2009 bereits erste Anzeichen des Klimawandels in Belgien, wie steigende Jahresdurchschnittstemperaturen, verstärkte Häufung von Niederschlägen sowie vorzeitige Wanderungen bestimmter Vogelarten identifizieren. Vor diesem Hintergrund geht die Kommission mittel- und langfristig – bei weiterem Temperaturanstieg und Zunahme extremer Wetterphänomene – vor allem von Risiken für Ökosystem und Biodiversität aus. Zudem werden steigende Risiken für die Volksgesundheit beispielsweise infolge von Hitzewellen befürchtet. Hingegen sieht sich Belgien in den Bereichen Anpassung der Landwirtschaft und des Katastrophenschutzes an den Klimawandel bereits gut gerüstet.

Der komplexe föderale Aufbau Belgiens prägte in den letzten Jahren Struktur und Entwicklung der belgischen Klimapolitik. Die Kompetenzen sind zwischen föderaler und regionaler Ebene, d.h. Flandern, Wallonien und Brüssel-Hauptstadt, aufgeteilt. Während die föderale Ebene beispielsweise für die Energiepolitik hinsichtlich Kernkraft oder Energieinfrastruktur zuständig ist, obliegt den Regionen u.a. die Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien. Entsprechend wurden die Zielvorgaben zur Treibhausgasreduktion im Rahmen des Kyoto-Protokolls auch zwischen den Regionen aufgeteilt. Während von 2008 bis 2012 – im Vergleich zum Niveau von 1990 – der Ausstoß von Treibhausgasen in der Wallonie um 7,5 Prozent und in Flandern um 5,2 Prozent zurückgehen muss, dürfen die Emissionen in Brüssel-Hauptstadt um 3,475 Prozent ansteigen. Ferner verfügen die Regionen jeweils über eigene Klimaschutzpläne mit spezifischen Zielen und Instrumenten. Um die klimapolitische Koordination im Föderalstaat zu verbessern, wurde insbesondere die Commission Nationale Climat eingesetzt. Diese legte Ende 2008 einen nationalen Klimaplan für 2009 bis 2012 vor. Dieser sieht sechs sektorale strategische Handlungsfelder vor: Optimierung der Energieproduktion, Steigerung

der Energieeffizienz im Gebäudesektor, Anpassungen bei industriellen Prozessen, Entwicklung nachhaltiger Verkehrsmittel, Förderung nachhaltigen Managements der land- und forstwirtschaftlichen Ökosysteme sowie verstärkte Anstrengungen im Abfallmanagement. Hinzu treten unterstützende, horizontale Handlungsfelder wie die Förderung der Klimaforschung oder die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins in Bezug auf klimapolitische Fragen.

Als Inhaber der Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union nahm Belgien in der zweiten Jahreshälfte 2010 auf europäischer und internationaler Ebene eine Schlüsselrolle ein. Unter belgischer Ratspräsidentschaft wurde das EU-Verhandlungsmandat für Cancún festgelegt und dem belgischen Energieminister Paul Magnette sowie Joke Schauvliege, flämischer Umweltminister, in Zusammenarbeit mit EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard fiel die Aufgabe zu, die Koordination zwischen den 27 Mitgliedstaaten in Cancún sicherzustellen. Dass die EU in Cancún – im Vergleich zu Kopenhagen – besser vorbereitet und kohärenter auftrat, wird auch als Verdienst der belgischen Ratspräsidentschaft gewertet.

Das Atomunglück in Fukushima hat in Belgien dazu geführt, dass eine Entscheidung des Parlaments über die geplante Laufzeitverlängerung von AKWs vertagt wurde. 2003 hatte die damalige linksliberale Regierungskoalition einen Ausstieg aus der Atomenergie zwischen 2015 und 2025 beschlossen. Mangels Alternativen verlängerte die Regierung von Premierminister Herman Van Rompuy jedoch 2009 die Laufzeit der sieben Reaktoren um zehn Jahre. Aufgrund der seit den Wahlen im Juni 2010 andauernden Regierungskrise hat das Parlament diese Entscheidung jedoch noch nicht absegnen können. Nun soll diese Laufzeitverlängerung bis zur Veröffentlichung der für das Jahresende vorgesehenen Ergebnisse des Stresstests für AKWs vorerst ausgesetzt werden.

Trotz dieser konstruktiven Rolle Belgiens konzentrierte sich die Berichterstattung zum Klimawandel in den nationalen Printmedien auf die Topthemen Bewältigung der Finanzmarktkrise und der belgischen Staatskrise. Das mediale Interesse am Klimawandel wird erst wieder im Vorfeld des jährlichen VN-Klimaschutzgipfels ansteigen. Charakteristisch für die Berichterstattung der nationalen Klimapolitik ist die in Belgien häufig anzutreffende regionale Perspektive.